

Als eine Palästina-Solidaritätsgruppe möchten wir einige wichtige Dinge erklären, die in letzter Zeit wegen des Chaos und der Repression dieses Diskurses an der Uni etwas aus den Augen verloren gegangen sind. Wir möchten erklären, wofür wir einstehen und warum wir entschieden gegen den Zionismus sind.

Zunächst, wie man leider immer wieder betonen muss: Was seit über 80 Jahren in Palästina passiert, ist kein religiöser Konflikt zwischen jüdischen und muslimischen Menschen.

Aus Propagandagründen versuchen jedoch viele Zionist\*innen, es genau darauf zu reduzieren. Viele dieser Leute haben an der Uni Freiburg wiederholt eine Plattform erhalten, wo sie dann von einem angeblich „islamischen Antisemitismus“ und einer „antisemitischen arabischen Kultur“ sprechen, obwohl dies aus geschichtswissenschaftlicher Sicht eine absurde Behauptung ist. Wir stehen dagegen, dass solche politische und diskriminierende Propaganda weiterverbreitet wird, weil sie dazu benutzt wird, um Zustimmung und Legitimierung für den laufenden Völkermord zu erzeugen<sup>1</sup>.

Die Fragen rund um Palästina haben alle einen kolonialen Kontext. Die Palästinenser\*innen wehren sich gegen die zionistische Besatzung nicht aus religiösen Gründen, sondern weil es Besatzung ist und weil alle Besatzungen menschenverachtend und unterdrückend sind. Hätten die Zionist\*innen vor hundert Jahren irgendein anderes Land auf der Welt besetzt, dann hätten die Menschen in diesem anderen Land sicher ebenfalls Widerstand gegen die Besatzung geleistet, unabhängig davon, ob sie muslimisch sind oder nicht.

Historische Aussagen zentraler Figuren des Zionismus, wie Ze'ev Jabotinsky und Theodor Herzl, beschreiben lange vor der israelischen Staatsgründung in ihren zionistischen Schriften offen, dass es sich dabei um ein koloniales Projekt handelt. Jabotinsky z. B. schrieb 1923: „Jede einheimische Bevölkerung der Welt wehrt sich gegen Kolonisten, solange sie die geringste Hoffnung hat, sich von der Gefahr der Kolonisierung befreien zu können. Das ist es, was die Araber in Palästina tun und was sie weiterhin tun werden, solange es einen einzigen Funken Hoffnung gibt, dass sie die Umwandlung von Palästina in das Land Israel verhindern können.“<sup>2</sup> Die Vordenker\*innen des Zionismus beschrieben auch, dass für dieses Projekt die „Vertreibung“ der ansässigen Bevölkerung notwendig sein würde, sie nannten es jedoch „Umsiedlung“. Diese Politik der Vertreibung zeigt sich in den Handlungen führender israelischer Persönlichkeiten seit Beginn dieses Staates, und die Absicht zur Vertreibung der Palästinenser\*innen wird auch heute noch offen vor aller Welt geäußert.

Diese Politik der ethnischen Säuberung begann 1948 mit der Nakba und hält bis heute an. Diese sogenannte Umsiedlungspolitik ist äußerst menschenverachtend, und die Palästinenser\*innen werden sich immer dagegen wehren. Und wir sollten sie dabei unterstützen.

---

<sup>1</sup>

Die Abriegelung Gazas und die Blockade wurden als Teil dieser Umsiedlungspolitik umgesetzt, dennoch blieb Gaza weiterhin unter illegaler israelischer Besatzung. Seit 2007 gilt die Situation in Gaza als humanitäre Katastrophe, obwohl das Leben dort auch davor bereits die Hölle war. Doch seit über 16 Jahren wird der Gazastreifen durch eine Blockade von Wasser, Land und Luft systematisch abgeriegelt, was für die Palästinenser\*innen dort nichts anderes ist als ein Gefängnis in der eigenen Heimat. Israel verfolgte dabei offiziell eine sogenannte „Diät-Politik“<sup>3</sup>, die sicherstellen soll, dass zwar nicht alle Menschen verhungern, aber die Bevölkerung von Gaza konstant knapp an der Existenzgrenze gehalten wird. Und die UN hat in den letzten zehn Jahren mehrfach davor gewarnt, dass Gaza auf dem Weg zur Unbewohnbarkeit ist<sup>4,5</sup>.

Diese Vorhersage würde 2018 zu einer Realität, als der UN Sonderberichterstatter, den Gazastreifen aufgrund der Blockade für unbewohnbar erklärte<sup>6</sup>. Dies wurde Januar 2024 aufgrund Israels genozidalen Angriffen von der Leiter der humanitären Hilfe der Vereinten Nationen, Martin Griffiths nochmal bestätigt<sup>7</sup>.

Diese strukturelle Gewalt erzeugt unweigerlich Widerstand, und dieser Widerstand ist nach internationalem Recht das legitime Recht aller Menschen, die unter Besatzung leben. Nachdem die internationale Gemeinschaft die Hilferufe der Palästinenser\*innen zu lange ignoriert hat, kam es zur Eskalation am 7. Oktober.

Diese Eskalation ist tragisch, da jedes verlorene Menschenleben eines zu viel ist und jeder Mensch, der getötet wird, zu bedauern ist. Es muss jedoch auch klar sein, dass in diesem Kontext jedes Todesopfer ein Opfer des Siedlungskolonialismus und der israelischen Politik ist – direkt wie indirekt.

Um einen genozidalen Angriff auf Gaza zu rechtfertigen, verbreitete die israelische Regierung nach dem 7. Oktober Berichte über Gräueltaten, darunter systematische Vergewaltigungen<sup>8,9,10</sup> und enthauptete Babys<sup>11</sup>. Diese Berichte wurden jedoch schnell widerlegt oder aufgrund mangelnder oder widersprüchlicher Evidenz diskreditiert: Weder die UNO noch unabhängige Beobachter\*innen konnten diese Anschuldigungen bestätigen. Auch israelische Medien, Quellen der israelischen Polizei sowie Augenzeug\*innen und Familien von Opfern entkräfteten diese

---

Behauptungen. Die israelische Regierung hat laut Berichten zudem keine Fotos oder Videos zur Untermauerung der Anschuldigungen bereitgestellt.

Alle Menschen wissen inzwischen, dass es der israelischen Regierung nie um die Geiseln ging, denn diese könnten jederzeit durch Verhandlungen befreit werden. Das haben übrigens mehreren Quellen bestätigt, darunter der Sprecher des Familienforums der Geiseln<sup>12</sup>.

Doch Israel setzt den Angriff fort, nur um möglichst viele Palästinenser\*innen zu vertreiben, um somit die Siedlungspolitik nochmal in Gaza umzusetzen und die Kolonisierung Palästinas zu verstärken, weil genau das schon immer die zionistische Strategie war.

Dies ist keine Spekulation, sondern ein Fakt. Vor wenigen Tagen, am 21. Oktober, sagte Israels Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir bei der sogenannten "GAZA SIEDLERKONFERENZ"<sup>13</sup>:

*"Wir werden alle Bewohner von Gaza dazu bringen, Gaza zu verlassen. Wir werden ihnen die Möglichkeit bieten, in andere Länder zu ziehen, denn das Land gehört uns."*

Die Situation in Gaza, die bereits vor dem 7. Oktober eine humanitäre Katastrophe war, hat sich seither dramatisch verschlimmert, bis heute kaum noch Worte ausreichen, um sie zu beschreiben.

Der Angriff auf Gaza ist nach allen Maßstäben ein genozidaler Angriff. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist das Massaker in Gaza das größte Massaker weltweit seit dem Zweiten Weltkrieg<sup>14</sup>.

Und dies ist so, wenn man von der letzten offiziell angegebene Opferzahl von über 42.000 Toten ausgeht, doch diese Zahl ist seit Februar nicht aktualisiert worden, obwohl jeden Tag Menschen durch Bombardierungen sterben. Dies liegt daran, dass es seit Februar weder die Kapazität noch die Infrastruktur gibt, um die Opfer zu melden und zu zählen. Laut Schätzungen einer der renommiertesten medizinischen Fachzeitschrift, The Lancet<sup>15</sup>, liegt die Todeszahl zwischen 155.000 und 777.000 Palästinenser\*innen, die Mehrheit davon Frauen und Kinder, was zwischen 6,7 und 33,66 Prozent der Bevölkerung Gazas entspricht. Die Zahl der Verstümmelungen ist um ein Vielfaches höher. Experten, die vor Ort waren, wie der rekonstruktiver Chirurg und Rektor der Glasgow Universität, Dr Ghassan Abu-Sittah, warnen vor der „größten Kohorte amputierter Kinder in der Geschichte“<sup>16</sup>.

---

Die Menschen werden weiterhin täglich in diesem kleinen Gebiet bombardiert, obwohl es in Gaza keine funktionierenden Krankenhäuser und kaum noch medizinische Fachkräfte gibt.

Israel hat das Äquivalent von fünf Atombomben, so wie die von Hiroshima auf Gaza abgeworfen<sup>17,18</sup>, einer der Orte mit der höchsten Bevölkerungsdichte weltweit<sup>19</sup>, das 60% kleiner als Hiroshima ist und wo fast die Hälfte der Bevölkerung Kinder sind<sup>20</sup>.

Fast die gesamte Infrastruktur wurde zerstört<sup>21</sup>. Lieferungen von Wasser und Essen werden von der israelischen Regierung blockiert, um die Menschen auszuhungern<sup>22,23</sup>. Gestern hat die israelische Regierung das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), die größte und wichtigste humanitäre Organisation in Palästina, die zuständig für die Mehrheit der Hilfslieferungen ist, offiziell verboten<sup>24</sup>. Die Bevölkerung wurde mehrfach innerhalb Gazas vertrieben, von Süd- nach Nord-Gaza und umgekehrt, und das geht weiter. Die meisten Menschen in Gaza sind Flüchtlinge der Nakba 1948 und wurden wiederholt entwurzelt.

Die internationale Gemeinschaft, einschließlich Deutschland, trägt Mitverantwortung durch ihre Unterstützung, Aufrüstung und Finanzierung der israelischen Politik – eine Finanzierung, die durch unsere Steuergelder ermöglicht wird.

Wir stehen zu der Position, dass ein gerechter Frieden in der Region nur möglich ist, wenn der zionistische Apartheidstaat als Produkt von expansionistischem Siedlungskolonialismus mitsamt all seinen rassistischen Gesetzen abgeschafft und durch eine Demokratie für alle ersetzt wird. Für uns haben Menschen ein Existenzrecht – koloniale und rassistische Staatensysteme jedoch nicht.

Wir stehen für das Recht auf Selbstbestimmung aller Menschen, einschließlich der Palästinenser\*innen, denen dieses Recht seit der britischen Kolonialzeit in Palästina verwehrt wurde und deren Streben nach Selbstbestimmung durch das zionistische Projekt verhindert wurde. Die Besatzung und die Vertreibungspolitik müssen beendet werden, um eine gerechte und friedliche Zukunft in der Region zu ermöglichen.

Wir unterstützen alle friedlichen palästinensischen Widerstandsbewegungen wie die BDS-, Boykott-, Divest- und Sanktionsbewegung, die dazu aufruft, israelische und internationale Unternehmen zu boykottieren, um die Besatzungsmacht zum wirtschaftlichen Einknicken zu zwingen und die Unterdrückung der einheimischen Palästinenser\*innen zu beenden, oder die "Great March of Return", bei dem die Bewohner des Gazastreifens ein Jahr und neun Monate

---

lang jeden Freitag friedlich protestierten, um ein Ende der Blockade und ihr Recht auf Rückkehr zu fordern.

Sie wurden von den israelischen Besatzungstruppen brutal unterdrückt. Mehr als 2.200 Menschen wurden von der israelischen Armee mit scharfer Munition erschossen. Dabei ermordeten sie 223 Menschen, darunter 43 Kinder, und verletzten über 9200 Menschen.

Zwanzig Prozent der Personen, die wegen Verletzungen im Zusammenhang mit diesen Protesten behandelt wurden, waren Kinder unter 18 Jahren, und 80 Prozent aller behandelten Kinder wurden durch Schussverletzungen verletzt<sup>25</sup>.

Während wir solche friedlichen Initiativen unterstützen, machen wir auch klar, dass ein besetztes und kolonisiertes Volk ein völkerrechtlich anerkanntes Recht auf Selbstverteidigung und Widerstand hat – gemäß den Genfer Konventionen und der UN-Resolution A/RES/38/17, sowie die UNGA Resolution 37/43<sup>26</sup>, die den Palästinenser\*innen ausdrücklich das Recht zugesteht, sich auch mit bewaffneten Mitteln gegen die israelische Besatzung zu wehren.

Wir lehnen es ab, dass dieses Recht in Deutschland verleugnet und marginalisiert wird, ebenso ab wie die Dekontextualisierung des 7. Oktober.

Um es mit den Worten des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres zu sagen: „*Der 7. Oktober fand nicht in einem Vakuum statt.*“, „October 7th did not happen in a vacuum“.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dies zu betonen, wie es jeder tun sollte, dem es mit einem gerechten Frieden ernst meint. Dies kann nur erreicht werden, wenn man sich mit den Wurzeln des Problems befasst, nämlich der zionistischen Kolonisierung, Besatzung, ethnischen Säuberung und Unterdrückung Palästinas, anstatt sich auf die Symptome zu konzentrieren.

Wir werden von dieser Position nicht weichen, egal wie heftig die Verleumdungen gegen unsere Gruppe noch werden.

Es passiert gerade ein Völkermord.

Dies kann nicht mehr bestritten werden. Wenn ihr euren eigenen Augen und Ohren nicht glauben wollt, und die immer gruseliger werdenden Bilder aus Gaza sowie die genozidalen Äußerungen der israelischen Führung euch nicht überzeugen, gibt es zahlreiche Experten, die es bestätigt haben, darunter jüdische Israelis und renommierte Genozid und Holocaust Forscher wie Omer Bartov<sup>27</sup>, Raz Segal<sup>28</sup> und Amos Goldberg<sup>29</sup>, sowie 17 UN Sonderberichterstatter\*innen, in

---

gemeinsamen Erklärungen, die es am 18. September<sup>30</sup> und am 11. Oktober<sup>31</sup> auf der Website des Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte deutlich gemacht haben. Dabei fordern sie von uns, normale Bürger\*innen und spezifisch uns Studierenden<sup>32</sup>, auf, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um diesen Massenmord zu stoppen.

Diese Verantwortung haben wir insbesondere in Deutschland, einem der einzigen Länder der Welt, das Israel weiterhin \*bedingungslos\* mit den Waffen beliefert<sup>33,34,35</sup>, die es zur Auslöschung Tausender von Menschen in Palästina und im Libanon einsetzt, obwohl die deutsche Regierung aus demselben Grund vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt ist<sup>36</sup>.

Wir als Students for Palestine haben unseren Kampf gegen den Völkermord begonnen, um auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Es ist eure Entscheidung, auf welcher Seite ihr stehen wollt.

Um es mit den Worten der UN-Sonderberichterstatterin<sup>37</sup> selbst zu sagen:

*„Man kann ein Prominenter oder ein normaler Mensch sein. Wenn man stumm, passiv und untätig bleibt, während die Palästinenser, die in Gaza gefangen sind - Menschen, die atmen, fühlen und träumen wie wir - von einer unkontrollierten Armee abgeschlachtet werden, dann ist man nicht anders als diejenigen, die während vergangener Völkermorde, die Millionen von Menschen auslöschten, einfach weiterlebten“.*

---